

CO₂-Freikauf für die Reichen?

Über ein schiefes Bild bei „Joint Implementations“

von J. Berner

Die Reduzierung des CO₂-Ausstosses ist eines der wichtigsten Probleme, dem wir uns heute widmen müssen. Selbst Politik und Industrie kommen nicht umhin, die Bedeutung dieser Aufgabe immer wieder zu beteuern. Inzwischen gehört es zum guten Ton, bei öffentlichen Auftritten wirksam mit den Worten „Effizienzrevolution“ und „Sonnenwende“ zu brillieren. Doch den verbal großen Tönen sind bisher kaum praktische Taten gefolgt, die auf eine Lösung des Problems hoffen lassen.

Knappe öffentliche Kassen und mancher sogenannte „Sachzwang“ zur Sicherung des „Standorts Deutschland“ müssen als Legitimation für Untätigkeit und Ideenlosigkeit dienen. Die Ökosteuer wird zwar diskutiert, von vielen aber mit dem Argument – man müsse die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ Deutschlands sichern – zurückgewiesen.

Umso öfter ist in letzter Zeit von „Joint Implementations“ die Rede. Mit dem Einsatz von Finanzmitteln aus Unternehmen der Industrienationen in der sogenannten *Dritten Welt* soll der Umweltschutz vorangetrieben werden. Dort sei mit der gleichen Menge Geld spezifisch mehr an CO₂-Einsparung zu erreichen. Die eingesparten CO₂-Emissionen sollen dann dem Investor auf ein „Öko-Konto“ im Sitzland gutgeschrieben werden.

Nun ist an der finanziellen Unterstützung von Projekten zur CO₂-Einsparung in „Entwicklungsländern“ zunächst nichts auszusetzen. Die Begründung für derlei Vorgehen allerdings stimmt nachdenklich.

Führt Armut zu CO₂-Kollaps? Oder der Konsumwahn?

Auf dem 16. Weltenergiekongreß 1995 in Tokio sprach das *Deutsche Nationale Komitee des Weltenergie-rates (DNK)* die Empfehlung aus, daß sich nur durch Investitionen von Unternehmen aus Industrieländern in die Energiewirtschaft in „Entwicklungsländern“ die steigende Nachfrage nach Energie befriedigen lasse, denn „ohne ausreichende Versorgung mit bezahlbarer kommerzieller Energie lasse sich der armutsbedingte Raubbau an der Natur in der *Dritten Welt* nicht stoppen.“ /1/

In der Mai-Ausgabe der Siemens-Zeitschrift *Standpunkt* steht auf Seite 14 zu lesen, daß „auf diese Weise ... in Staaten mit niedrigem Umweltschutzniveau erheblich größere ökologische Vorteile durch den Einsatz des gleichen Investitionsvolumens mobilisiert werden“ könnten /2/.

Dabei impliziert die Zugabe „in Staaten mit niedrigem Umwelt-

schutzniveau“, daß die investierenden Unternehmen logischerweise aus einem Land mit „hohem Umweltschutzniveau“ kommen. Wesentlich wird dabei übersehen, daß die Hauptverursacher der CO₂-Emissionen die Industrieländer des reichen Westens sind. Die G7-Länder mit einem Anteil von etwa 12 % an der Weltbevölkerung sind für fast 40 % der energiebedingten globalen CO₂-Emissionen verantwortlich /3/. Allein Deutschland erzeugt fast ebenso viel energiebedingte CO₂-Emissionen wie ganz Südamerika /4/. Der Energie- und Materialverbrauch der Deutschen ist im Schnitt um ein Vielfaches höher als derjenige der Menschen in den „Entwicklungsländern“.

»Wenn ich in der Bundesrepublik wäre, ich würde mich nicht für Amazonien interessieren, ich würde mich für die Bundesrepublik interessieren. Dort ist doch alles falsch. Was hier am Amazonas geschieht, ist doch nur ein Reflex von dem, was ihr tut. Daß wir hier ganze Berge abbauen, Millionen Hektar zu Holzkohle verarbeiten, um euch billige Eisenerze zu verkaufen, das brasilianische Volk mit sechs Milliarden Dollar verschulden, dann deren Strom unter Entstehungskosten an große multinationale Aluminiumhütten geben, damit die billiges Aluminium exportieren können; damit ihr drüben Bier und Coca-Cola in Aluminium-Büchsen saufen könnt, die sofort auf der Müllhalde landen. Dort ist doch die Welt falsch.«

José Lutzenberger, brasilianischer Umweltschützer

Das Haupteinsparpotential ist bei den Hauptverursachern zu suchen. Der Verweis auf „Öko-Investitionen“ in den armen Regionen der Welt hat nur dann Sinn, wenn gleichzeitig den Forderungen im eigenen Land nachgekommen wird. Nicht der „armutsbedingte Raubbau an der Natur in der *Dritten Welt*“ hat zu der katastrophalen ökologischen Situation geführt, sondern hauptsächlich das rücksichtslose Wohlstands- und Wachstumsmodell der Industriestaaten, die sich dazu seit jeher billig der Rohstoffe der wirtschaftlich schwachen Länder bedienen.

Mythos vom „Umweltvorbild“ Deutschland

Gerne wird als Erfolg deutscher Umweltschutzbemühungen die erhöhte Energieeffizienz angeführt. Zwischen 1970 und 1994 beispielsweise sanken die spezifischen Verbräuche für die Raumheizung von durchschnittlich 285 kWh/(m²×a) auf 200 kWh/(m²×a) /2/. Gleichzeitig stieg aber die Größe der Wohnfläche pro Person von etwa 15 m² im Jahre 1950 auf fast 38 m² heute (alte Bundesländer) /3/. Der Fahrzeugbestand in den alten Bundesländern stieg sogar von insgesamt 8 Mio. Kraftfahrzeugen im Jahre 1960 auf fast 39 Mio. im Jahre 1992 /5/. So hob ein stetig steigender Wohlstand erzielte Einspareffekte auf, so daß der Primärenergieverbrauch Deutschlands seit den 70er Jahren auf dem konstant hohen Level von 14.000 PJ bis 15.000 PJ blieb /4/.

Deutschland ist immer noch einer der größten Giftmüllexporteure, einer der größten Rohstoffimporteure und bis heute tragen erneuerbare Energien nicht einmal zu 3 % /4/ zum Primärenergieaufkommen bei. Gewiß, einzig in Deutschland hat sich eine Umweltbewegung im nationalen Parlament etablieren können. Dennoch wirkt das stark vom Außenhandel lebende Deutschland im Rahmen seiner Wirtschaftstätigkeiten immer noch kräftig an ökologischen Zerstörungen nicht nur im eigenen Land, sondern in der ganzen Welt mit.

Auf diese Verantwortung ist immer wieder hinzuweisen, bevor den Staaten der sogenannten *Dritten Welt* indirekt ökologisches Fehlverhalten vorgeworfen wird. Die Diskussion um „Öko-Investitionen“ in den armen Ländern darf nicht die Auseinandersetzung mit der Problematik im eigenen Land verhindern. Das führt zu dem falschen Schluß, wir könnten hier so weiter machen wie bisher. Dagegen steht allerdings die Forderung, die CO₂-Emissionen in Deutschland um 80 % zu senken /3/.

Literatur

- /1/ Süddeutsche Zeitung, 9.10.1995
- /2/ Standpunkt 2/96, Mai 1996
- /3/ BUND, Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland, Birkhäuser, Basel, 1996.
- /4/ BMWi: Energie Daten '94.
- /5/ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1994, 1995.